

Antworten für Basel

1. Einführung einer Ausgabenbremse
2. Indexierte Steuersätze
3. Strukturierung der Beteiligungen
4. Umsetzung Wohninitiativen
5. Wohnungsbau für alle
6. Überlegungen zum Baurecht
7. Mobility-Pricing
8. Geplante Mobilitätsinfrastruktur
9. Eine Kulturstrategie
10. Emanzipation der Kulturbetriebe

Seit ich für den Regierungsrat kandidiere, werde ich immer wieder angesprochen. Im Tram, auf der Strasse oder beim Einkaufen. Wenn ich den Menschen zuhöre, dann spüre ich den Wunsch nach neuen Impulsen für die Gegenwart und nach neuen Ideen für die Zukunft, nach einer neuen Stimme in der Regierung.

Ich werde die Regierung nicht auf den Kopf stellen. Das ist nicht möglich und auch nicht nötig. Es geht uns ja im Grossen und Ganzen gut. Grund zur Panik besteht vermutlich nicht. Aber sicher Grund zu einer gesunden Vorsicht. Wer sich auf den Lorbeeren der Vergangenheit ausruht und sich im Glanz der Gegenwart räkelt, der verschläft womöglich vor lauter Zufriedenheit den Anschluss an die Zukunft. Und in meinen Gesprächen, höre ich heraus, dass viele Bürgerinnen und Bürger genau das befürchten. Das nämlich alles so weiter geht wie bis jetzt. Dass die Kräfteverhältnisse bleiben, wie sie sind. Weil eine Kandidatin ins Rennen geschickt wird, nicht etwa weil sie als Regierungsrätin geeignet wäre, sondern weil sie sonst arbeiten müsste, bis sie achtzig ist.

Wie auch immer die Wahl am 20. Oktober ausgeht, die Leitung des Finanzdepartments wird neu besetzt.

Also reden wir zuerst einmal über Geld, reden wir über das Geld des Staates, das ja genau genommen das Geld von uns allen ist.

Der Kanton Basel-Stadt schreibt schwarze Zahlen. Die Rechnung ist ausgeglichen, ja es gibt sogar Überschüsse. Die Linke irrt sich aber fundamental, wenn sie glaubt, das habe etwas mit der rot-grünen Mehrheit in der Regierung zu tun. Es hat vermutlich nicht einmal mit viel mit Eva Herzog zu tun. Sie hat ihre Arbeit recht gemacht, keine Frage. Das war aber auch keine Hexerei. Die Überschüsse sind vor allem die Folge einer bis jetzt anhaltend guten Wirtschaftslage. Und wenn es den Unternehmen gut geht, dann geht es auch den Arbeitnehmern und schliesslich dem Staat gut, weil er daran automatisch mitverdient. Die gute Wirtschaftslage hat viele Gründe. Die rot-grüne Regierung gehört nicht dazu. Zu diesem Fehlschluss kommt man nur, wenn man den Unterschied zwischen Korrelation und Kausalität nicht kennt.

Für etwas anderes ist die rot-grüne Regierung aber sehr wohl verantwortlich. Dass nämlich die Ausgaben steigen und die Verschuldung kaum abnimmt. Die Pro-Kopf Verschuldung des

Kantons Basel-Stadt ist drei Mal so hoch, wie der schweizerische Durchschnitt. Mit den jährlichen Überschüssen wurden zwar auch Schulden abgebaut, doch der Löwenanteil wurde für sogenannte staatliche Leistungen ausgegeben. Kurz, sie wurden verjubelt. Das ist unverantwortlich und das ist, wie wenn ein Spenglermeister seine Geschäftsüberschüsse am Ballermann verprassen würde, anstatt dass er damit seine Pensionskasse füllt. Aber so verantwortungslos ist der Spenglermeister nicht.

Was die städtische Pensionskasse angeht, so müssen wir die rosarote Brille ablegen. Machen wir uns nichts vor, die Unterdeckung ist bedenklich. Es fehlen, geht man von den Empfehlungen der Schweizerischen Kammer der Pensionskassenexperten aus, 1,7 Milliarden. Dieses Loch ist deutlich tiefer als zum Beispiel das Loch aus dem die Messe nie mehr heraus kommt.

Die Ausgaben des Staates sind gewachsen in der Vergangenheit, und zwar sehr viel schneller gewachsen als die Bevölkerung. Dieses ungesunde Wachstum der Ausgaben darf nicht weiter gehen. Es braucht darum in unserer Erfolgsrechnung eine Ausgabenbremse. (1)

Der Staat soll nicht nach Budget-Überschüssen streben, sondern nach Budget-Disziplin. Er soll Schulden tilgen und Ausgaben bremsen.

Wenn Sie sich folgendes Szenario vorstellen. Die Leit-Industrie in Basel, die Life Sciences, profitieren von der momentan noch guten Wetterlage. Aber die Wetterlage ist nicht so stabil, wie viele meinen. Rezessionen in den USA und in Deutschland deuten sich an; und die können bekanntlich ansteckend sein, gerade für die hiesige, exportorientierte Life Science Industrie. Auch mit der jüngsten Steuerreform ist der Wind des Aufschwungs abgeflaut. Es weht ein anderer Wind. Und das Wetter schlägt dramatisch um, wenn die OECD demnächst ihre neuen Richtlinien zur Besteuerung von Konzernen einführt, oder wenn die sogenannte Konzernverantwortungsinitiative über uns hereinbricht. Es geht bei diesem Szenario nicht um Angstmacherei, ich will niemandem Angst einjagen. Aber wir dürfen die Augen nicht verschliessen vor den Risiken und Nebenwirkungen der Zukunft.

Die Unternehmenssteuerreform ist zwar in trockenen Tüchern gewesen. Aber die Annahme der sogenannten Topverdiener-Steuer vermässelt den historischen Kompromiss. Dass dies schlecht ist fürs Image steht ja nicht zur Debatte. Und dass wir für den Mittelstand und die unteren Einkommensschichten schauen müssen auch nicht. Aber die ideologische Profilierung auf dem Buckel der Gutverdiener - zweieinhalb Prozent Gutverdiener bezahlen mehr als einen Viertel der privaten Einkommenssteuern – ist populistischer Blödsinn. Alle paar Jahre wird um die Steuersätze gefeilscht wie auf einem ideologischen Bazar. Obwohl die Steuerprogression und das Wirtschaftswachstum dazu führen, dass mit der Zeit alle mehr bezahlen, und dass dann die Staatsquote automatisch steigt.

Das Verhältnis von Staat zum Steuerzahler ist angespannt. Es liesse sich aber durch Indexierung entspannen. Die Steuersätze sollten besser dann automatisch sinken, wenn nämlich die Steuereinnahmen das Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum übersteigen. Indexierte Steuersätze sind praktisch, einfach, gut. (2)

Geht es der Wirtschaft gut, dann freut sich der Staat. Mit indexierten Steuersätzen hat auch der Bürger etwas davon.

Ideologische Grabenkämpfe sind dann überflüssig, Vertrauen wird geschaffen für ein verständnisvolles Miteinander von Staat und Steuerzahlenden, und vielleicht würde es dann sogar auch noch drin liegen, dass das Kuvert der Steuererklärung vorfrankiert wäre.

Auch Finanzpolitik ist nicht wirklich eine Geheimwissenschaft. Und deshalb ist es unverständlich und unverantwortlich, wie die Regierung in der jetzigen Zusammensetzung nicht sieht, wo die grossen finanziellen, aber eigentlich steuerbaren Risiken des Kantons lauern. Sie lauern nämlich nicht einmal so sehr in der Kernverwaltung.

Sie liegen in den Beteiligungen. Ich rede hier von der Messe, die sich in einem dramatischen Sinkflug befindet. Aber auch von der BVB, die Probleme auf praktisch allen Ebenen hat, Infrastruktur, Personal, Finanzierung, und von der Kantonalbank. Insgesamt stellen der Umfang der möglichen Finanzrisiken oder die Zahl der Angestellten von den Beteiligungen die vom Rest des Kantons in den Schatten. Die Probleme sind nicht neu, sie sind seit langem bekannt. Es besteht Handlungsbedarf, und zwar müssen wir diesen Problemen auf den Grund gehen, Strukturen überprüfen, und Massnahmen ergreifen. Es braucht massgeschneiderte, belastbare und zukunftstaugliche Lösungen. Diese Lösungen müssen rasch auf den Tisch und sie müssen frei sein von politischen Dogmen.

Es muss eine neue Vision her, was der Kanton mit seinen Beteiligungen will und soll. Das gilt namentlich für die Kantonalbank und die Messe. Die Kantonalbank haftet nun definitiv für ihre jetzt vollintegrierte Tochter CLER – und dies in der ganzen Schweiz. Und damit haftet indirekt auch der Kanton – Kantonalbankgesetz hin oder her. Und die Messe sucht ihr Heil inzwischen im Ausland. Die BASELWORLD löst sich langsam aber sicher auf im Säurebad der Online-Globalisierung und mit dem Luxus-Flop der „Grand-Basel“ hat sich die Messe auch keinen Gefallen getan. Aber am Schluss trägt dann wieder niemand die Verantwortung. Soll dafür der Kanton bluten? – Lieber heute als morgen, müssen deshalb Alternativen geprüft werden. (3)

Auch ich will nicht einfach Familiensilber für den neuen Sportwagen verscherbeln. Deshalb ist zum Beispiel die Wiedereingliederung der BVB in die Verwaltung für mich überhaupt kein Tabu sondern muss ohne Vorurteile geprüft werden. Denkbar ist aber auch, dass sich der Kanton von Messe und Kantonalbank trennt. Ich würde Optionen erarbeiten und auf den Tisch legen, dann müssen wir darüber offen diskutieren und schliesslich entscheiden. Auf jeden Fall brauchen die Beteiligungen des Kantons eine neue Ausrichtung.

Mitgegangen, mitgehangen. – Darum Staatsbeteiligungen prüfen, Risiken erkennen,
Chancen ergreifen.

Ein Thema, das allen unter den Nägeln brennt, ist das Wohnen. Und das wird auch sicher noch eine ganze Weile so bleiben.

Bekanntlich hat das Stimmvolk die vier Wohninitiativen angenommen. Aber wie der Volkswille umgesetzt werden soll, weiss noch niemand konkret. Auf jeden Fall werde ich mich für eine pragmatische Umsetzung des Volkswillens einsetzen. Es besteht aber eine Gefahr. Aber nur, wenn die Zusammensetzung der Regierung so bleibt, wie sie ist: Die Gefahr nämlich, dass die Wohninitiativen links überholt werden. Die Regierung hat schon laut und öffentlich erwogen, dass sie ein kantonales Vorkaufsrecht einführen will. Ein absolut unnötiger Griff in die sozialistische Mottenkiste. Er zeigt aber immerhin, wie sich die Regierung heute gern pragmatisch gibt, aber eigentlich am Gängelband von Juso und Basta hängt. (4)

Aber wie auch immer die Wohninitiativen umgesetzt werden, es gibt dadurch nicht eine einzige Wohnung mehr. Aber genau das ist die Herausforderung und genau dort muss die Lösung ansetzen. Es müssen Wohnungen her. Wer diese Wohnungen baut, ist für den, der eine Wohnung will, zweitrangig, solange die Wohnung bezahlbar ist. Und nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage, sinkt der Preis, wenn das Angebot steigt. Je mehr Wohnungen es gibt, desto günstiger werden sie vermietet. Wir haben also alles Interesse, dass viele Wohnungen gebaut werden. Demgegenüber ist die Basler Linke auf Planwirtschaft fixiert und meint, sie fände das Heil in Genossenschaften und der Förderung von sogenannt gemeinnützigem Wohnraum. Selbstverständlich, Wohngenossenschaften spielen als Marktteilnehmer eine tragende Rolle spielen. Aber sie taugen auch nicht als Allheilmittel. Es ist weltfremd, alle Hoffnungen einzig und allein auf die Genossenschaften zu setzen. Statt einer genossenschaftlichen Monokultur brauchen wir Vielfalt und Auswahl: einen spielenden Markt.

Und wenn der Staat schon in den Wohnungsmarkt eingreift, zum Beispiel mit Subventionen oder vergünstigtem Baurechtszins, dann soll er bitte jeden begünstigen, der bezahlbaren Wohnraum schafft. Nicht nur die Genossenschaften, sondern auch alle anderen, die Wohnungen vermieten wollen.

Man darf sich auch vom Heiligenschein der Gemeinnützigkeit nicht blenden lassen. Gemeinnützig heisst nicht automatisch kostengünstig. Darum braucht es eben Spielregeln, die für alle gelten. Denkbar ist zum Beispiel dies: Wer bereit ist günstig zu bauen und günstig zu vermieten, bekommt staatlichen Boden zu einem günstigen Baurechtszins. Solche Deals können Genossenschaften eingehen, aber genauso alle anderen, die sich an diese Spielregeln halten. (5)

Wohnen für alle heisst Wohnungsbau für alle

Wir müssen auch überprüfen, ob der Kanton seinen Grund und Boden wirklich nur im Baurecht abgeben soll. Im Einzelfall mag das tatsächlich sinnvoll sein. Aber als Dogma taugt es nicht, weil es die Vielfalt der Gestaltungsmöglichkeiten einschränkt, und zwar die von allen Beteiligten. (6)

Wenn wir heute über die Umwelt reden, dann am lautesten übers Klima. Nicht erst seit die Schüler streiken, nicht erst seit Greta um die halbe Welt segelt, nicht erst seit es im Sommer heiss und heisser wird.

Wir wissen alle, dass wir handeln müssen. Die Gesellschaft, die Wirtschaft und die Politik stehen in der Verantwortung. Wer aber meint, dass man auf lange Frist einen nachhaltigen Wandel mit Verboten erzwingen kann, der ist auf dem Holzweg. Denn Verbote erzeugen in der Regel nicht mehr als symbolische Strohfeuer.

Konkret geht es darum, dass wir den Ausstoss von CO₂ zügig in den Griff bekommen. Der CO₂-Ausstoss in Basel hat drei Hauptquellen. Die Industrie, die Heizungen von Gebäuden und der Verkehr. Die Industrie hat schon massive Reduktionen vorgenommen und das Basler Energiegesetz ist schon heute sehr streng. Der Fokus wäre also hier und jetzt auf den Verkehr zu legen.

Konkret kann ich mir vorstellen, dass Basel ein Mobility-Pricing einführt, je nach Verkehrsmittel und CO₂-Verbrauch kostet der Kilometer Verkehr in Basel einen bestimmten Betrag. Dieser Betrag könnte so bemessen werden, dass alle weiteren Abgaben entfallen, wie zum Beispiel die Motorfahrzeugsteuer. Basel-Stadt würde damit tatsächlich zu einem Pionier für eine innovative, gesunde und nachhaltige Umweltpolitik. Keine Verbote, keine staatlichen Mehreinnahmen – sondern echte Anreize, die sofort und direkt wirken. (7)

Unabhängig von Verkehrsträgern und Verkehrslenkung durch den Staat wäre es gerade für eine wachsende und sich innovative gebende Stadt wie Basel falsch und schädlich, aus falsch verstandenen ökologischen Gründen für künftige Infrastrukturen Denkverbote zu verhängen. Wie auch immer wir die Mobilität der Zukunft gestalten wollen, auf Mobilität will niemand verzichten. Es müssen Lösungen auf den Tisch für eine gesunde Mobilität, die ökonomisch vertretbar und darum nachhaltig ist. Alles andere wäre naiv und blauäugig.

Es ist vielleicht absehbar, bis wir die ersten Anwendungen von Smart Mobility flächendeckend einsetzen können, aber sicher geht es noch Jahrzehnte, bis wir Strassen und Schienen sinnvoll und smart auslasten können. Mit Fantasien von „von selbstfahrenden Autos, die niemandem gehören, sondern von allen benutzt werden können“ kommen wir

nicht weiter. Smart Mobility ist eine Verkehrs-Revolution. Aber die Vorbereitungen dieser Revolution stecken noch in den Kinderschuhen.

Das Goldene Zeitalter – das Smart Age der Zukunft – steht am Horizont. Und es kommt hoffentlich bald. Aber bis es soweit ist, müssen wir die Verkehrsprobleme mit den bekannten, erprobten und bewährten Mitteln lösen, ob es uns passt oder nicht.

Nachhaltige Lösungen für die Klimaprobleme jetzt ansetzen, wo und wie wir können – keine Zeit für Luftschlösser

Ich werde mich dafür einsetzen, dass wir nicht nur den Rheintunnel bauen und die Planung der Herzstücks vorantreiben, sondern auch den gesamten unterirdischen Basler Autobahnring, also Gundelitunnel und Westtangente als Optionen der Zukunft im Auge behalten. (8) Aber bis dieses Projekt baureif ist, werde selbst ich nicht mehr Regierungsrätin sein.

Es ist haarsträubend, wie man in dieser sogenannten Kulturstadt die Kultur verwaltet. Am Budget liegt es nicht. Wir geben pro Kopf mehr Steuergelder aus für die Kultur als alle anderen Kantone. Aber es fehlt das Konzept, die Idee, die Vision. Niemand weiss, wohin die Basler Kulturpolitik steuert. Das Vertrauen in Regierung und Verwaltung bröckelt. Die sogenannte Museumsstrategie ist eine Enttäuschung, das Museumsgesetz ist eine Baustelle, und die Betriebsanalysen der Museen sind nur deprimierende Lektüre.

Ich werde mich im Regierungsrat dafür einsetzen, dass wir endlich zu einer Museumsstrategie, ja einer Kulturstrategie kommen. Eine Strategie, die diesen Namen verdient. Eine die klipp und klar macht, welche Verantwortung der Staat im Kulturbereich übernimmt, welche Aufgaben er delegieren kann, und wie die Mittel zu verteilen sind. (9) Ich fordere keinen staatlichen Superintendenten. Aber eine eindeutige Stossrichtung, eine Roadmap, einen Masterplan. Nennen Sie es, wie Sie wollen. Aber die vorgelegte Pendenzenliste ist keine Strategie. Hier läuft offensichtlich etwas sehr schief.

Selbstverständlich müssen die Kunstbetriebe in ihrem Wirken unabhängig sein, bleiben oder eben werden. Warum das Präsidialdepartement unbedingt die Museen als Dienststellen

führen aber trotzdem eine irgendwie Autonomie zulassen will, bleibt diffus. Diese Weder-Fisch-noch-Vogel-Politik verhindert gute Governance und sie ist gerade in Krisen sehr instabil. Ich werde mich deshalb dafür stark machen, den Betrieb der Museen zu verselbstständigen, vom Staat zu emanzipieren. (10)

Kulturschaffen vom Staat emanzipieren, wahre Kreativität braucht Freiheit

Dass eine Verselbständigung der Museen und ebenso die der öffentlichen Sammlungen nichts, aber auch gar nichts mit Privatisierung zu tun hat, beweisen das Theater Basel – es ist eine Genossenschaft – oder das Landesmuseum, eine Stiftung.

Mit dem Verlauf des bisherigen Wahlkampfs bin ich äusserst zufrieden. Die Reaktionen, die ich aus der Bevölkerung erhalte, stimmen mich sehr zuversichtlich und die kommenden Wochen werde ich nutzen, die Bürgerinnen und Bürger für mich zu gewinnen mit meinen Antworten für Basel.